

Südümfahrung wieder auf dem Tapet

Vernehmlassung zur Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil eröffnet

Von Thomas Dähler

Liestal. Die Baselbieter Regierung tritt für einen Ausbau des Verkehrsnetzes zwischen Allschwil und dem Birseck ein. Sie hat gestern drei Varianten für die Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil (Elba) in die Vernehmlassung gegeben. Überraschend will die Regierung dabei auch das Trasse für die einst verworfene Südümfahrung wieder sichern.

Mit Elba hat die Regierung eine Landratsvorlage verabschiedet, die schon mehrmals angekündigt, aber immer wieder hinausgeschoben worden war. Zur Diskussion stellt die Regierung jetzt nicht nur die Varianten «Umbau» und «Ausbau», sondern auch die Variante «Ausbau inklusive Trasseesicherung äussere Tangente». Die Variante «Umbau» setzt auf eine Weiterentwicklung der bestehenden Infrastruktur und sieht auch keine neuen Siedlungsschwerpunkte in Allschwil und im Raum Münchenstein-Reinach vor. Statt auf eine stadtnahe neue Strassentangente setzt diese Variante primär auf den öffentlichen Verkehr.

Regierung für Ausbau

Die beiden Ausbau-Varianten hingegen setzen Entwicklungsschwerpunkte und sehen eine stadtnahe Strassentangente zwischen Allschwil und Binningen vor, die entweder Richtung Münchenstein weitergeführt wird oder den Anschluss an den von der Stadt geplanten Gundeli--Tunnel sicherstellt. Die zusätzliche Trasseesicherung für eine Südümfahrung wäre eine Option für später.

Aus der gestern veröffentlichten Mitteilung der Regierung geht hervor, dass die Regierung die Ausbauvariante befürwortet und auch die Trasseesicherung zum Beschluss empfiehlt. Parteien und weitere Interessierte haben bis im Juni Zeit, zu den Varianten Stellung zu nehmen.

Bereits heute muss davon ausgegangen werden, dass die einstigen Gegner der Südümfahrung den Kampf wieder aufnehmen. Sie hatten bereits vor einigen Jahren erfolgreich verhindert, dass eine Umfahrung Allschwil–Oberwil–Reinach in den Richtplan aufgenommen wurde.

«Sachlich nicht gerechtfertigt»

Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP), Präsidentin der IG Südümfahrung Nein, bezeichnete gestern den Regierungsentscheid als «unbegreiflich». Er missachte sämtliche Empfehlungen der Fachleute. Die Trasseesicherung sei «sachlich nicht gerechtfertigt» und wohl «politisch motiviert», sagte Schneider-Schneiter. Die Regierung riskiere mit der Wiederaufnahme des äusseren Rings, dass das gesamte Elba-Projekt blockiert werde.

Zusätzlich zum Elba-Projekt wird demnächst auch über die Umfahrung Allschwil entschieden. Über die 2009 eingereichte Initiative hätte längst abgestimmt werden müssen. Alle Fristverlängerungen sind abgelaufen. Hanspeter Frey, ehemaliger Landrat und bei den Initianten federführend, erklärte gestern, die Geduld der Initianten sei erschöpft. Für die wirtschaftliche Entwicklung brauche es zusätzlich zur Ausbau-Variante von Elba auch die Umfahrung Allschwil. Frey rechnet damit, dass noch diesen Herbst abgestimmt wird. An eine Neuauflage der Südümfahrung hingegen glauben selbst die Allschwiler Initianten nicht. «Dafür ist die Zeit abgelaufen», sagte Frey.